

# «Man investiert in Beton statt in Bildung»

**Nationalratswahlen 2023:** Im Gespräch mit Bernhard Steiner (SVP) aus Entlebuch

*Im Nationalrat will Bernhard Steiner nicht nur sein Fachwissen als Mediziner und Biologe einbringen, sondern auch seine politischen Erfahrungen. Gerade das Gesundheitswesen, die Bildung und die Bewahrung der Freiheit und Unabhängigkeit der Schweiz liegen ihm am Herzen.*

Text und Bild Roger Jud

16.30 Uhr, an einem Donnerstag im September. Der Blick schweift beinahe endlos über das Entlebuch, hier beim Mettelmoos. «Wenn ich mich auf eine Session im Kantonsrat vorbereite und die Weite des Entlebuches sehe, dann weiss ich, weshalb ich mich politisch engagiere», sagt der SVP-Kantonsrat Bernhard Steiner aus Entlebuch und hält kurz inne. «Ich tue es für die Bevölkerung und unser Land.»

Zudem sei dies hier seine Herkunfts-erde. «Mein Grossvater ist auf der Liegenschaft Gräben aufgewachsen, die Grossmutter auf der anderen Seite der Alpiliegg. Auch den Zoologen in mir zieht es immer wieder hierher, wie im Herbst zum Vogelzug.» Jetzt zieht es Bernhard Steiner nach Bern, um sich für die Entlebucher Bevölkerung in Sachen Gesundheitswesen und Bildung einzusetzen.

## Wie in Afrika

«Im Moment haben wir einen Mangel an Hausärzten, insbesondere in den ländlichen Regionen.» Derzeit gehe der Prozess der Schliessung von Regionalspitals weiter. «Es findet eine Ausdünnung der Bettenzahl statt und auch die Nähe zum Spital geht ver-



Bernhard Steiner beim Mettelmoos, wo er sich auch auf Sessionen im Kantonsrat vorbereitet.

ren.» Eine regionale und hochwertige Gesundheitsversorgung sei aber in der Bundesverfassung abgebildet. «Nun ist es aber so, dass wir in der Region Entlebuch/Emmental derzeit eine Bettendichte haben, die vergleichbar ist mit jener in Afrika.»

Zudem trage der Abbau von Regionalspitals auch zum Anstieg der Gesundheitskosten bei. «Eine einfache medizinische Grundversorgung, wie etwa ein Knochenbruch oder ein Blinddarm, ist in einem Regionalspital kostengünstiger als in einem Zentrums- spital.» Dies begründet Steiner damit, dass der Bedarf an Ärzten und Pflege geringer sei und auch die Betriebskosten tiefer seien. «Deshalb würde ich mich für eine flächendeckende Gesundheitsversorgung einsetzen.»

## Wenig Sachverstand

Eine Kandidatur hat sich der 55-jährige Kinderarzt, der in Wolhusen eine Praxis führt, wohl überlegt. «In den letzten zehn Jahren im Kantonsrat habe ich die Erfahrung gemacht, dass es viele politische Themen gibt, für die zuweilen zu wenig Sachverstand bei Politikern vorhanden ist.» Als Wissenschaftler bringe er das nötige Rüstzeug mit, um komplexe Sachverhalte zu analysieren und die dazugehörigen Dokumente zu verstehen, damit im richtigen Moment die richtigen

politischen Prozesse angestossen würden. «Was ganz wichtig ist, Hintergründe zu durchleuchten und vorausschauend zu agieren, um Auswirkungen zu erkennen.» Deswegen fühle er sich verpflichtet, seine Fähigkeiten und Eigenschaften in den Dienst der Bevölkerung zu stellen, um Lösungen zu finden. «Gerade Politiker, die bei gewissen Themen nicht satteftest sind, könnten für politische Prozesse manipuliert werden, weil sie sich ihr Wissen bei sogenannten unabhängigen Fachexperten holen müssen.»

Zur Veranschaulichung nennt Steiner das Raumplanungsgesetz, das vom Volk angenommen wurde. «Die Folge daraus sind Rückzönungen, was faktisch Enteignungen gleichkommt.» Auch der Lehrplan 21 sei ein gutes Musterbeispiel dafür, dass die Auswirkungen nicht erkannt worden seien. Die Organisation der Schule in Zyklen und das Führen von alters- und leistungsdurchmischten Klassen über vier Jahrgänge gefährde den Schulerfolg und erfordere mehr Lehrpersonen. Zudem müssten mehr Schulungsräume bereitgestellt werden, was zu grösseren Schulhäuser führe, und dies ohne Qualitätsgewinn. «Man investiert in Beton anstatt in Bildung», so Steiner.

## Sozialer Unfrieden

Als grösste Herausforderungen für die Schweiz nennt Bernhard Steiner die flächendeckende Sicherstellung der Grundversorgung in der Landschaft, was beispielsweise den ÖV, die medizinische Versorgung mit Hausärzten und Spitälern und die Schulen betrifft. Die Eigenständigkeit und Neutralität hält Steiner für nicht verhandelbar. «Die politischen Entscheidungen müssen beim Bund,

**«Es gibt viele politische Themen, für die zuweilen zu wenig Sachverstand bei Politikern vorhanden ist.»**

beim Kanton Luzern oder bei den Gemeinden im Entlebuch getroffen werden.» Gerade dieser Föderalismus, also das Prinzip der Autonomie jeder Staatsebene, werde derzeit ausgehebelt. «Bundesbern kann nicht mehr eigenständig agieren. Wir müssen aber autonom und demokratisch entscheiden, welche Rechtsbeschlüsse der EU wir übernehmen wollen, welches Verhältnis wir zur Nato haben oder ob die WHO uns vorschreiben kann, wie wir in der Pandemie zu agieren haben.» Dies bedeute, dass es heute Entscheidungsträger ausserhalb des demokratischen Prozesses gebe. «Das birgt die Gefahr, dass Massnahmen getroffen oder sogar umgesetzt werden, die am Volk vorbei entschieden werden.» Das führe zur Schwä-

chung der Demokratie, was letztlich Misstrauen in der Bevölkerung verursache.

Dazu ist Steiner gleich beim Thema Zuwanderung. «Es ist Zeit, gegenüber der EU zu signalisieren, dass die Ressourcen in der Schweiz nicht unbeschränkt zu Verfügung stehen und knapp werden.» Die Zuwanderung von 100 000 Personen führt zu einem Landverbrauch für Wohnraum und Strassen von 5500 Fussballfeldern. «Ausserdem «wandern» jene Menschen sozusagen in unsere Sozialwerke wie das Gesundheitswesen oder die Altersvorsorge ein.» Durch die Zuwanderung im Jahr 2022 von 180 000 Personen würden alleine die Gesundheitskosten von 92 Milliarden Franken im Jahr um 2 Milliarden Franken ansteigen. «In der Folge könnte ein sozialer Unfriede entstehen.» Denn mit der Teuerung, der Strommangellage, den explodierenden Gesundheitskosten und den ansteigenden Wohnungsmieten aufgrund der Zuwanderung werde die Solidarität strapaziert.

## Rentenalter auf 67?

«Bei der Altersvorsorge werden wir früher oder später nicht um die Erhöhung des Rentenalters auf 67 herumkommen. Das wäre wohl vernünftiger, als den Staat für die kommenden Generationen zu verschulden.» Zudem müsse die ältere Generation mit einer Lösung auf die Jungen zugehen. «Denn die Pensionierung der geburtenstarken Jahrgänge kann die junge Generation nicht alleine finanzieren.» Eine andere Regelung müsste laut Steiner sein, die Rente von Zugewanderten, die nach der Pension ins Heimatland zurückgehen, den dortigen Verhältnissen der Lebenshaltungskosten anzupassen.

## WAHLEN 2023 Nationalratswahlen: 4 Kandidierende im Porträt

Am 22. Oktober finden die Nationalratswahlen statt. Im Kanton Luzern kandidieren für neun Sitze 387 Personen, 136 Frauen und 251 Männer, auf 48 Listen. Auf den Hauptlisten von FDP, Mitte und SVP kandidieren 4 Personen aus unserer Region. Der EA stellt sie in Porträts vor.

Nach Bernhard Aregger (FDP) und Pius Kaufmann (Mitte) wird in dieser Ausgabe Bernhard Steiner (SVP) vorgestellt. In der kommenden Ausgabe wird Vroni Thalmann (SVP) vorgestellt. [EA]

## kurz gemeldet

### E-Voting System der Post im Herbst erstmals im Einsatz

Das E-Voting-System der Post wird diesen Herbst erstmals bei eidgenössischen Wahlen eingesetzt. Der Bundesrat hat im August den Kantonen Basel-Stadt, St. Gallen und Thurgau die entsprechende Grundbewilligung erteilt. Dies nachdem das System in den vorangegangenen Monaten erneut auf Herz und Nieren geprüft worden war: Vom 8. bis 31. Juli haben 2650 Hackerinnen und Hacker im sogenannten öffentlichen Intrusionstest versucht, Schwachstellen im E-Voting-System zu entdecken. Trotz den rund 55 000 Angriffen gelang es niemandem, in das E-Voting-System oder gar in die elektronische Urne einzudringen. Ausserdem fand eine erneute Überprüfung im Auftrag des Bundes statt. Auch auf dieser Basis hat die Post ihr System weiterentwickelt.

«Man kann heutzutage fast alles online erledigen. Bald ist auch sicheres elektronisches Wählen wieder möglich – dank der E-Voting-Lösung der Post. Ich bin stolz, dass wir damit die digita-

le Befähigung der Schweizerinnen und Schweizer fördern und einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Demokratie in der Schweiz leisten», so Nicole Burth, Leiterin Kommunikations-Services bei der Post.

Die Premiere im Juni war erfolgreich: Damals haben 4239 Personen ihre Stimme elektronisch abgegeben. Und: Mehr als die Hälfte der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer, die ihre Stimme abgegeben haben, haben dies elektronisch getan. [pd]

### Trends für Wahlen nach wie vor unverändert

Die Trends für die eidgenössischen Wahlen am 22. Oktober bleiben unverändert. Die SVP wird gemäss der jüngsten Umfrage 3,1 Prozent hinzugewinnen. Federn lassen müssen die Grünen und die FDP. Die Gesundheitskosten sind bei allen Parteianhängern in den Top Drei der Sorgen.

Das geht aus der am Dienstag veröffentlichten fünften und letzten Umfrage von Tamedia und «20 Minuten» hervor. Das Institut Leewas führte sie

am 19. und 20. September durch. Die Resultate zeigten die gleichen Trends wie die vorheriger Umfragen.

Die SVP dürfte ihren Wähleranteil gegenüber 2019 um 3,1 Prozentpunkte auf 28,7 Prozent steigern. Die SP kann mit einem Zugewinn um 0,8 Punkte auf 17,6 Prozent rechnen. Einen Aderlass um 2,7 Prozentpunkte auf 10,5 Prozent müssten die Grünen hinnehmen. Geringere Verluste von 1,3 Punkten auf 13,8 Prozent zeichnen sich für die FDP ab. Die Grünliberalen kämen auf ein Minus von 0,3 und die Mitte auf eines von 0,2 Prozentpunkten.

In der Sorgenrangliste schwangen die Gesundheitskosten mit einer Zunahme um 5 Prozentpunkte auf 75 Prozent gegenüber der Juli-Umfrage obenaus, unverändert gefolgt von der Altersvorsorge (54%) und der Zuwanderung (52%). Auf den folgenden Plätzen fanden sich das Asylwesen, die Mieten, die Immobilienpreise sowie der Klimawandel. Den Klimawandel bezeichneten einzig Anhängerinnen und Anhänger der Grünen als Haupt-sorge. Bei den anderen Parteien ausser der SVP sind die Gesundheitskosten

das brennendste Problem. Die SVP-Anhängerschaft benannte zuerst die Zuwanderung, gefolgt vom Asylwesen und den Gesundheitskosten.

Zur Lösung des Gesundheitskostenproblems wiesen je 35 Prozent der Befragten der Mitte-Partei und der SP die höchsten Kompetenzen zu. Auf sie folgten gleichauf FDP und SVP (28%). Am besten geeignet für die Problemlösung in der Altersvorsorge hielten 39 Prozent die SP, gefolgt von Mitte (37%), FDP (30%) und SVP (27%). In Migrationsfragen belegte die SVP mit 49 Prozent den ersten Platz.

Die Resultate beruhen auf 29 081 nach demografischen, geografischen und politischen Variablen modellierten Antworten von Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Die statistische Fehlerquote beträgt +/- 1 Prozentpunkt. [sda]

### Gut jeder zweite Bisherige legt Mandatseinkünfte offen

Zweieinhalb Wochen vor den eidgenössischen Wahlen hat Lobbywatch am Dienstag eine Transparenzliste ver-

öffentlicht. Demnach gaben 117 oder 56 Prozent der wieder Antretenden detailliert an, wie viel sie mit ihren Tätigkeiten in Verwaltungsräten, Verbands-gremien oder Beiräten verdienen. Vor den Wahlen 2019 taten das nur 33 Prozent.

Bei den Grünen war der Wille zur Transparenz nach Angaben von Lobbywatch am grössten – 94 Prozent ihrer Bisherigen legten Einkünfte ausserhalb ihres bezahlten Berufs offen. Bei der SP waren es mit 92 Prozent nur knapp weniger Ratsmitglieder.

Deutlich zurückhaltender waren Bürgerliche: Die GLP hatte in der Studie eine Offenlegungsquote von 60 Prozent. Danach folgten die Mitte-Fraktion mit 43 Prozent, die FDP mit 34 Prozent und die SVP mit 29 Prozent.

Frauen deklarierten Einkünfte aus Nebentätigkeiten häufiger als Männer: 70 Prozent der Frauen beantworteten die Fragen von Lobbywatch, aber nur 47 Prozent der Männer. Jüngere gaben zudem öfter Auskunft als Ältere. Unter Ratsmitgliedern, die noch nicht lange im Amt sind, ist die Transparenz höher als unter Altgedienten. [sda]